



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT  
IN KUBA

820.0 - FI

HAVANNA, den 21. November 1969

Apartado 3328  
Tel. 2-6452  
Telegr. AMBASUISSE

Herrn Bundesrat Willy Spühler  
Vorsteher des Eidgenössischen  
Politischen Departements

B e r n

VERTRAULICH

Beziehungen Kuba - USA

an	GERM						a/a
Datum	27.11						
Visa	ge						
EPD		27. Nov. 1969					
Ref.		h. B. 24. Am. 2. (9).					

Herr Bundesrat,

1. Wie üblich hatte ich vor meiner kürzlichen Reise nach Miami (5. - 14. November) einen Chefbeamten des Aussenministeriums orientiert und gebeten, Minister Roa auszurichten, dass ich zu seiner Verfügung stehe, falls er vorher irgendetwas zu besprechen wünsche.

Der Aussenminister liess mich am 27. Oktober kommen. Im Verlaufe des beinahe einstündigen Gesprächs sagte er mir, selbstverständlich interessiere sich die kubanische Regierung lebhaft für alle Vorschläge und Anregungen, die ich aus den Vereinigten Staaten mitbringen könnte.

Ich wies darauf hin, dass eher die kubanische Regierung im Verzug sei. Die Amerikaner erwarteten Antworten auf verschiedene Fragen, wie z.B. Hijackers / Guantánamo, amerikanische Gefangene, Evakuation von Amcits und ganz besonders Art und Umfang allfälliger direkter Verhandlungen. Seit meiner Unterredung mit Präsident Dorticos vom 7. April und Herrn Roa vom 21. April hätte ich nichts mehr gehört.

./.



- 2 -

Der Aussenminister wies erneut auf die unglaubliche Arbeitsbelastung von Fidel Castro hin, die es eben mit sich bringe, dass sich manchmal der Entscheid über gewisse Probleme verzögere. Er hoffe jedoch, den Ministerpräsidenten noch am gleichen Tag zu sehen und werde versuchen, mit ihm über die hängigen Fragen zu sprechen. Auf alle Fälle werde er in den nächsten Tagen Präsident Dorticós aufsuchen, mit ihm die verschiedenen Probleme durchgehen und mir anschliessend, noch vor meiner Abreise, berichten. Dies war dann jedoch nicht der Fall.

Im Verlaufe der Unterredung liess Minister Roa, nachdem ich das Thema vorsichtig berührt hatte, durchblicken, dass ein gewisser Zusammenhang bestehe zwischen dem Mangel jeglichen Fortschrittes in den Pariser Verhandlungen über Vietnam und der hier entstandenen Verzögerung. Das ist durchaus plausibel. Das kubanische Regime hat sich derart intensiv mit dem Vietcong und Nordvietnam identifiziert, dass es schwierig wäre, eine Allen sichtbare Annäherung an die Vereinigten Staaten einzuleiten, bevor dort wesentliche Fortschritte erzielt werden. Es würde sich also mehr um einen Aufschub als um eine politische Schwenkung handeln.

2. An den Besprechungen in Miami, die am 6. November von 9.30 mit kurzem Unterbruch bis 19 Uhr dauerten, inklusive Business-Lunch, wurde neben zahlreichen technischen Fragen, über die das Departement gesondert Bericht erhalten wird, auch die Frage der politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern eingehend besprochen. Anwesend waren von schweizerischer Seite noch die Herren Botschaftsrat Müller und Botschaftssekretär Freymond von Washington,

./.

- 3 -

von amerikanischer Seite Herr Robert Hurwitsch, Deputy Assistant Secretary for Latin American Affairs, Herr Wollam, Acting Coordinator for Cuban Affairs im State Department, und Herr Matthew Smith, Coordinator for Cuban Affairs in Miami.

Herr Hurwitsch macht einen ausgezeichneten Eindruck. Er ist Karrierediplomat und seit vielen Jahren entweder in Lateinamerika auf Posten oder in Washington mit den entsprechenden Fragen betraut. Die letzten zwei Jahre war er allerdings in Laos stationiert, wo er zu einem erheblichen Teil die geheimen Besprechungen mit der nordvietnamitischen Botschaft zu führen hatte, die der Pariser Konferenz den Weg bahnten.

Herr Hurwitsch erklärte, die USA beabsichtigten nicht, ihre Politik gegenüber Kuba in wesentlichen Punkten zu ändern. Das Regime Castro sei in Lateinamerika ein Fremdkörper, der ausgestossen oder eingekapselt werden müsse, solange nicht in Kuba selbst bedeutende Änderungen einträten.

Ich wies darauf hin, dass auch in Verfolgung dieser Politik die Vereinigten Staaten verschiedene Massnahmen lockern könnten, um ihre politisch-propagandistische Lage zu verbessern, ohne dem kommunistischen Regime zu helfen. Zudem könnte damit eine gewisse Entkrampfung herbeigeführt werden, die gewiss nicht schaden würde. In diesem Zusammenhang hätte ich es sehr begrüsst, dass das State Department sich sofort bereit erklärt habe, beispielsweise konkrete kubanische Vorschläge über die Verhinderung von illegalen Grenzübertritten nach Guantánamo zu prüfen.

./.

- 4 -

Ich schlug vor, zu untersuchen, ob nicht das amerikanische Reiseverbot nach Kuba aufgehoben werden könnte. Infolge eines Urteils des Obersten Bundesgerichts in Washington sei es ja nicht mehr möglich, Personen, die sich darüber hinwegsetzten, zu bestrafen. Leute, an denen die kubanische Regierung ein Interesse habe, könnten deshalb ohne wesentliche Schwierigkeiten nach Havanna reisen. Es wäre aber viel gescheiter, wenn die anderen entweder von den Kubanern kein Visum erhielten oder dann die enormen Schwierigkeiten in Unterbringung und Ernährung hierzulande mit eigenen Augen sehen könnten.

Herr Hurwitsch fand den Gedankengang plausibel und meinte, die Frage könnte eventuell im Zusammenhang mit der Neuregelung der Reisevorschriften nach anderen kommunistischen Ländern geregelt werden.

Ich wies ferner darauf hin, dass das amerikanische Embargo der kubanischen Propaganda erlaube, die Verantwortung für den Mangel an Lebensmitteln, Medikamenten usw. dem amerikanischen Imperialismus aufzubürden, obwohl Kuba diese Produkte ohne weiteres in anderen Ländern kaufen könnte. Herr Hurwitsch war äusserst überrascht. Er habe seinerzeit bei der Verhängung des Embargos mitgewirkt. Damals sei es die klare Meinung des State Departments gewesen, dass nicht-subventionierte Lebensmittel sowie pharmazeutische Produkte nach wie vor ausgeführt werden könnten. Er liess sich davon überzeugen, dass das nicht der Fall ist, und wird der Sache beim Department of Commerce und der Treasury, wo offenbar die Schwierigkeiten liegen, nachgehen.

./.

- 5 -

Ich konnte darauf hinweisen, dass auch Kuba dieses Jahr verschiedenes getan habe, was als Zeichen guten Willens betrachtet werden dürfe. So seien seit dem Frühling drei amerikanische Gefangene von einundzwanzig vor Verbüßung ihrer Strafe entlassen worden, drei weitere würden demnächst bedingt entlassen und elf Hijackers hätten nach den Vereinigten Staaten zurückkehren können, obwohl den kubanischen Behörden absolut klar war, dass sie dort gegen Kuba Propaganda machen würden. Weitere Hijackers seien nach anderen Ländern abgeschoben worden, insbesondere die "black panthers", denen jede politische Aktivität in Kuba verwehrt worden war. Kuba wolle, vermutlich im Zusammenhang mit dem Stocken der vietnamitischen Verhandlungen in Paris, umfassendere Kontakte hinausschieben, aber nicht endgültig ablehnen.

Herr Hurwitsch nahm davon mit einiger Befriedigung Kenntnis. Es sei seine Politik, sagte er, jeweils auf Vorschläge und Vorstösse rasch und positiv zu reagieren, soweit dies mit der allgemeinen Politik vereinbar sei. Insbesondere werde er vermeiden, dass den Vereinigten Staaten eine Verantwortung zugeschoben werde, die sie im Grunde nicht zu tragen hätten.

Dies zeigte sich besonders deutlich im Problem der Flugzeugentführungen. Wie Sie wissen, hat Kuba im Gesetz vom 16. September 1969 erklärt, es sei bereit, bilaterale Verträge abzuschliessen über die gegenseitige Auslieferung von Personen, die Flugzeuge oder Schiffe entführten. Ich habe in meinem Bericht vom 29. September an die Abteilung für Politische Angelegenheiten ausgeführt, dass diese Verbindung zwischen Flugzeugen und

./.

- 6 -

Schiffen die Vereinigten Staaten daran hindern werden, ernsthafte Verhandlungen mit Kuba über das Thema aufzunehmen, weil ich mir nicht denken könne, dass die USA Kubaner, die sich mit kleinen Booten nach Florida retten, zurückschicken würden. Zu meiner Ueberraschung sagte Herr Hurwitsch, das State Department habe bereits dem Präsidenten die Aufnahme von Verhandlungen, gestützt auf das kubanische Gesetz, vorgeschlagen. Sobald die Genehmigung vorliege, werde das Politische Departement ersucht werden, mich mit den nötigen Schritten zu beauftragen. Er mache sich keine grossen Hoffnungen über den Erfolg. Schlimmstenfalls könnten jedoch die Kubaner nicht mehr behaupten, die Vereinigten Staaten seien auf ihr generelles Verhandlungsangebot überhaupt nicht eingetreten. Was die mit kleinen Booten flüchtenden Personen betreffe, könne die Lösung in einer sehr weitherzigen Interpretation des Begriffes "politisches Asyl", das auch von kubanischer Seite vorbehalten würde, gefunden werden. Zu Ihrer Information: es fliehen etwa 500 Personen jährlich übers Meer nach Florida und etwa 1'000 treten illegal in die amerikanische Basis Guantánamo über.

Was die Schliessung der hiesigen Vertretungen von United Press International und Associated Press, sowie die nachfolgende Schliessung der Prensa Latina in New York betreffe, sagte Herr Hurwitsch, es fänden zur Zeit Sondierungen der amerikanischen Agenturen bei der kubanischen Delegation bei den Vereinten Nationen in New York statt. Falls sich daraus irgendwelche greifbaren Aussichten auf Lösung ergäben, würde ebenfalls das Departement ersucht, mich mit entsprechenden offiziellen Vorschlägen an das Aussenministerium zu beauftragen.

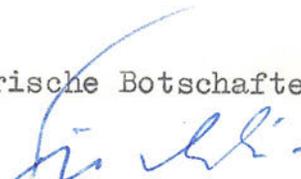
./.

- 7 -

Umfassende Diskussionen sowie bilaterale Kontakte auf höherer Ebene sind also weiter entfernt, als im Frühling dieses Jahres angenommen werden konnte. Nutzlos sind unsere Bestrebungen, über die Behandlung der laufenden Geschäfte hinaus eine gewisse Verminderung der Spannung herbeizuführen, trotzdem nicht. Wahrscheinlich werden weder der amerikanische Anticastrismus noch Castros Antiimperialismus auf lange Zeit unveränderlich starr bleiben, und der Weg zu direkten Verhandlungen auf höherem Niveau wird umso leichter zu begehen sein, je mehr Steine vorher weggeräumt sind.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:



Beilage:

Notiz von Herrn Botschaftsrat Müller,  
Washington, vom 18. November 1969.

4 Kopien